

TE Bwvg Erkenntnis 2024/10/7 W235 2289596-1

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 07.10.2024

Entscheidungsdatum

07.10.2024

Norm

AsylG 2005 §5

B-VG Art133 Abs4

FPG §61

1. AsylG 2005 § 5 heute
2. AsylG 2005 § 5 gültig ab 01.01.2014 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/2012
3. AsylG 2005 § 5 gültig von 01.07.2008 bis 31.12.2013 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 4/2008
4. AsylG 2005 § 5 gültig von 01.01.2006 bis 30.06.2008

1. B-VG Art. 133 heute
2. B-VG Art. 133 gültig von 01.01.2019 bis 24.05.2018 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 138/2017
3. B-VG Art. 133 gültig ab 01.01.2019 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 22/2018
4. B-VG Art. 133 gültig von 25.05.2018 bis 31.12.2018 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 22/2018
5. B-VG Art. 133 gültig von 01.08.2014 bis 24.05.2018 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 164/2013
6. B-VG Art. 133 gültig von 01.01.2014 bis 31.07.2014 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 51/2012
7. B-VG Art. 133 gültig von 01.01.2004 bis 31.12.2013 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 100/2003
8. B-VG Art. 133 gültig von 01.01.1975 bis 31.12.2003 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 444/1974
9. B-VG Art. 133 gültig von 25.12.1946 bis 31.12.1974 zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 211/1946
10. B-VG Art. 133 gültig von 19.12.1945 bis 24.12.1946 zuletzt geändert durch StGBI. Nr. 4/1945
11. B-VG Art. 133 gültig von 03.01.1930 bis 30.06.1934

1. FPG § 61 heute
2. FPG § 61 gültig ab 01.10.2022 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 106/2022
3. FPG § 61 gültig von 01.06.2016 bis 30.09.2022 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 24/2016
4. FPG § 61 gültig von 20.07.2015 bis 31.05.2016 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 70/2015
5. FPG § 61 gültig von 01.01.2014 bis 19.07.2015 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/2012
6. FPG § 61 gültig von 01.07.2011 bis 31.12.2013 zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 38/2011
7. FPG § 61 gültig von 01.01.2006 bis 30.06.2011

Spruch

W235 2289596-1/5E

IM NAMEN DER REPUBLIK!

Das Bundesverwaltungsgericht hat durch die Richterin Maga. Sabine MEHLGARTEN-LINTNER als Einzelrichterin über die Beschwerde von XXXX , geb. XXXX StA. Türkei, gegen den Bescheid des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl vom 20.03.2024, Zl. 1382214903-240074235, zu Recht erkannt: Das Bundesverwaltungsgericht hat durch die Richterin Maga. Sabine MEHLGARTEN-LINTNER als Einzelrichterin über die Beschwerde von römisch 40 , geb. römisch 40 StA. Türkei, gegen den Bescheid des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl vom 20.03.2024, Zl. 1382214903-240074235, zu Recht erkannt:

A)

Die Beschwerde wird gemäß § 5 AsylG und gemäß § 61 FPG als unbegründet abgewiesen. Die Beschwerde wird gemäß Paragraph 5, AsylG und gemäß Paragraph 61, FPG als unbegründet abgewiesen.

B)

Die Revision ist gemäß Art. 133 Abs. 4 B-VG nicht zulässig. Die Revision ist gemäß Artikel 133, Absatz 4, B-VG nicht zulässig.

Text

Entscheidungsgründe:

I. Verfahrensgang: römisch eins. Verfahrensgang:

1.1. Der Beschwerdeführer, ein Staatsangehöriger der Türkei kurdischer Volksgruppenzugehörigkeit, stellte nach unrechtmäßiger Einreise in das österreichische Bundesgebiet am 14.01.2024 den gegenständlichen Antrag auf internationalen Schutz.

Eine Eurodac-Abfrage ergab, dass der Beschwerdeführer am XXXX .01.2024 in Kroatien einen Asylantrag stellte (vgl. AS 1). Eine Eurodac-Abfrage ergab, dass der Beschwerdeführer am römisch 40 .01.2024 in Kroatien einen Asylantrag stellte (vergleiche AS 1).

1.2. Am Tag der Antragstellung wurde der Beschwerdeführer einer Erstbefragung durch ein Organ des öffentlichen Sicherheitsdienstes unterzogen, wobei er zunächst angab, an keinen Krankheiten zu leiden. Er habe nach Österreich gewollt, weil sein Onkel und seine Tante hier leben würden. Der Beschwerdeführer sei am XXXX .11.2023 aus der Türkei ausgereist und von Istanbul nach Bosnien geflogen, wo er sich bis Jänner [2024] aufgehalten habe. Von dort aus sei er weiter nach Kroatien gefahren und nach einem Aufenthalt von ein paar Stunden nach Italien gereist. Am XXXX .01.2024 habe sich der Beschwerdeführer von Italien nach Österreich begeben. Er wolle in Österreich bleiben und nicht in Bosnien, Kroatien oder Italien. In Kroatien seien ihm die Fingerabdrücke abgenommen worden, aber er habe keinen Asylantrag gestellt. Der Beschwerdeführer habe nur einen „Zettel“ bekommen, auf dem gestanden sei, dass er Kroatien verlassen müsse. Er sei nicht einmal 24 Stunden in Kroatien gewesen. Man habe ihn aufgegriffen, dann ein paar Fragen gestellt und die Fingerabdrücke abgenommen. Dann hätten „sie“ ihn zu einem Bahnhof gebracht und er habe Kroatien verlassen müssen. Der Beschwerdeführer wolle wegen der Menschenrechte in Österreich bleiben. Österreich schütze seine Leute.

1.2. Am Tag der Antragstellung wurde der Beschwerdeführer einer Erstbefragung durch ein Organ des öffentlichen Sicherheitsdienstes unterzogen, wobei er zunächst angab, an keinen Krankheiten zu leiden. Er habe nach Österreich gewollt, weil sein Onkel und seine Tante hier leben würden. Der Beschwerdeführer sei am römisch 40 .11.2023 aus der Türkei ausgereist und von Istanbul nach Bosnien geflogen, wo er sich bis Jänner [2024] aufgehalten habe. Von dort aus sei er weiter nach Kroatien gefahren und nach einem Aufenthalt von ein paar Stunden nach Italien gereist. Am römisch 40 .01.2024 habe sich der Beschwerdeführer von Italien nach Österreich begeben. Er wolle in Österreich bleiben und nicht in Bosnien, Kroatien oder Italien. In Kroatien seien ihm die Fingerabdrücke abgenommen worden, aber er habe keinen Asylantrag gestellt. Der Beschwerdeführer habe nur einen „Zettel“ bekommen, auf dem gestanden sei, dass er Kroatien verlassen müsse. Er sei nicht einmal 24 Stunden in Kroatien

gewesen. Man habe ihn aufgegriffen, dann ein paar Fragen gestellt und die Fingerabdrücke abgenommen. Dann hätten „sie“ ihn zu einem Bahnhof gebracht und er habe Kroatien verlassen müssen. Der Beschwerdeführer wolle wegen der Menschenrechte in Österreich bleiben. Österreich schütze seine Leute.

Mit Verfahrensordnung gemäß § 29 Abs. 3 AsylG wurde dem Beschwerdeführer gemäß § 29 Abs. 3 Z 4 AsylG mitgeteilt, dass beabsichtigt ist, seinen Antrag auf internationalen Schutz zurückzuweisen, da aufgrund des bisherigen Ermittlungsergebnisses davon auszugehen ist, dass der Dublinstaat Kroatien für sein Verfahren zuständig ist. Diese Verfahrensordnung wurde vom Beschwerdeführer nachweislich am 14.01.2024 übernommen (vgl. AS 15). Mit Verfahrensordnung gemäß Paragraph 29, Absatz 3, AsylG wurde dem Beschwerdeführer gemäß Paragraph 29, Absatz 3, Ziffer 4, AsylG mitgeteilt, dass beabsichtigt ist, seinen Antrag auf internationalen Schutz zurückzuweisen, da aufgrund des bisherigen Ermittlungsergebnisses davon auszugehen ist, dass der Dublinstaat Kroatien für sein Verfahren zuständig ist. Diese Verfahrensordnung wurde vom Beschwerdeführer nachweislich am 14.01.2024 übernommen (vergleiche AS 15).

1.3. Das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl richtete am 08.02.2024 ein auf Art. 18 Abs. 1 lit. b der Verordnung (EU) 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.06.2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (= Dublin III-VO) gestütztes Wiederaufnahmegesuch an Kroatien. 1.3. Das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl richtete am 08.02.2024 ein auf Artikel 18, Absatz eins, Litera b, der Verordnung (EU) 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26.06.2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (= Dublin III-VO) gestütztes Wiederaufnahmegesuch an Kroatien.

Mit Schreiben vom 22.02.2024 stimmte die kroatische Dublinbehörde der Wiederaufnahme des Beschwerdeführers gemäß Art. 20 Abs. 5 Dublin III-VO ausdrücklich zu (vgl. AS 57). Mit Schreiben vom 22.02.2024 stimmte die kroatische Dublinbehörde der Wiederaufnahme des Beschwerdeführers gemäß Artikel 20, Absatz 5, Dublin III-VO ausdrücklich zu (vergleiche AS 57).

1.4. Am 29.02.2024 fand eine Einvernahme des Beschwerdeführers vor dem Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl unter Beiziehung eines geeigneten Dolmetschers für die Sprache Türkisch statt, im Zuge derer der Beschwerdeführer zunächst angab, dass er an keinen Krankheiten leide, keine Medikamente benötige und aktuell gesund sei. In Österreich oder im Gebiet der Europäischen Union habe er keine Verwandten oder sonstige Personen, zu denen ein finanzielles Abhängigkeitsverhältnis oder eine besonders enge Beziehung bestehe. In seiner Erstbefragung habe der Beschwerdeführer die Wahrheit gesagt und nichts zu ergänzen.

Zur geplanten Vorgehensweise des Bundesamtes, eine Anordnung zur Außerlandesbringung nach Kroatien zu treffen, gab der Beschwerdeführer an, da er illegal in Kroatien eingereist sei, könne er nicht erklären wie er dort behandelt worden sei. Er habe keine Beweise. Zwei Tage sei er in Kroatien aufhältig gewesen. Konkret den Beschwerdeführer betreffende Vorfälle habe es in Kroatien nicht gegeben. Zu den vorab ausgefolgten Länderfeststellungen zu Kroatien gab der Beschwerdeführer an, dass er nicht glaube, dass die Menschenrechte in Kroatien so befolgt würden wie in Österreich. Er sei nicht gut behandelt worden. Damit meine er, dass er in einem Wald aufgegriffen worden sei und sich habe ausziehen müssen. Danach habe er in einem „depotähnlichen Raum“ stundenlang warten müssen. Der Beschwerdeführer wolle nicht nach Kroatien zurück, sondern wolle, dass sein Asylantrag hier behandelt werde.

2. Mit dem nunmehr angefochtenen Bescheid des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl wurde der Antrag des Beschwerdeführers auf internationalen Schutz ohne in die Sache einzutreten gemäß § 5 Abs. 1 AsylG als unzulässig zurückgewiesen und ausgesprochen, dass Kroatien gemäß Art. 20 Abs. 5 Dublin III-VO für die Prüfung dieses Antrags zuständig ist (Spruchpunkt I.). Unter Spruchpunkt II. des angefochtenen Bescheides wurde gegen den Beschwerdeführer die Außerlandesbringung gemäß § 61 Abs. 1 Z 1 FPG angeordnet und festgestellt, dass demzufolge gemäß § 61 Abs. 2 FPG seine Abschiebung nach Kroatien zulässig ist. 2. Mit dem nunmehr angefochtenen Bescheid des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl wurde der Antrag des Beschwerdeführers auf internationalen Schutz ohne in die Sache einzutreten gemäß Paragraph 5, Absatz eins, AsylG als unzulässig zurückgewiesen und ausgesprochen, dass Kroatien gemäß Artikel 20, Absatz 5, Dublin III-VO für die Prüfung dieses Antrags zuständig ist (Spruchpunkt

römisch eins.). Unter Spruchpunkt römisch II. des angefochtenen Bescheides wurde gegen den Beschwerdeführer die Außerlandesbringung gemäß Paragraph 61, Absatz eins, Ziffer eins, FPG angeordnet und festgestellt, dass demzufolge gemäß Paragraph 61, Absatz 2, FPG seine Abschiebung nach Kroatien zulässig ist.

3. Gegen diesen Bescheid erhob der Beschwerdeführer im Wege seiner nunmehr bevollmächtigten Vertretung fristgerecht am 02.04.2024 Beschwerde. Begründend wurde vorgebracht, dass es in Kroatien gängige Praxis sei, dass Personen ohne inhaltliche Prüfung ihres Verfahrens nach Bosnien zurückgeschickt würden. Für den Beschwerdeführer bestehe diese Gefahr ebenfalls, da er selbst bei der Einvernahme vor der belangten Behörde ausgeführt habe, dass er bereits sechsmal nach Bosnien gewaltsam zurückgeschickt worden sei. Daher würden sich die persönlichen Erfahrungen des Beschwerdeführers mit den Länderinformationen decken, was in der bekämpften Entscheidung nicht berücksichtigt worden sei und sohin einen Verfahrensmangel darstelle.

In das Länderinformationsblatt der Staatendokumentation hätten zahlreiche Berichte über rechtswidrige und gewaltsame Push-Backs von Kroatien nach Bosnien Eingang gefunden. Die Vielzahl an dokumentierten Fällen, auf die auch das LIB verweise, indiziere, dass die Push-Backs und die dabei aufgewendete Polizeigewalt systematisch erfolgten. Dem Bericht des Verbindungsbeamten vom 06.02.2023, demzufolge es am 01.01.2023 keine Berichte über Pushbacks gebe, widerspreche jedoch der aktuelle Bericht von Human Rights Watch vom Mai 2023, in welchem empfohlen werde, Überstellungen nach Kroatien gemäß der Dublin III-VO auszusetzen. In der Folge zitiert die Beschwerde aus diesem Bericht wörtlich und führt hierzu aus, dass Human Rights Watch der Darstellung im LIB widerspreche, wonach es keine aktuellen Berichte zu Push-Backs in Kroatien gebe. Weiters zitiert die Beschwerde aus Urteilen des Verwaltungsgerichtes Braunschweig vom 08.05.2023 sowie vom 24.05.2022 und aus einem Beschluss des Verwaltungsgerichtes Stuttgart vom 02.09.2022. Vor dem Hintergrund der angeführten Länderinformationen hätte die Behörde zu dem Schluss kommen müssen, dass dem Beschwerdeführer bei Überstellung nach Kroatien eine Verletzung seiner Rechte nach Art. 3 EMRK drohe. Darüber hinaus zitiert die Beschwerde aus einer Entscheidung des schweizerischen Bundesverwaltungsgerichtes vom 12.07.2019, mit welcher eine Überstellungsentscheidung der Vorinstanz nach Kroatien aufgehoben wurde. Es gebe ausreichend Hinweise darauf, dass Kroatien nicht die Grundrechte einhalte und damit die Regelvermutung des § 5 Abs. 3 AsylG nicht angewendet werden könne. In das Länderinformationsblatt der Staatendokumentation hätten zahlreiche Berichte über rechtswidrige und gewaltsame Push-Backs von Kroatien nach Bosnien Eingang gefunden. Die Vielzahl an dokumentierten Fällen, auf die auch das LIB verweise, indiziere, dass die Push-Backs und die dabei aufgewendete Polizeigewalt systematisch erfolgten. Dem Bericht des Verbindungsbeamten vom 06.02.2023, demzufolge es am 01.01.2023 keine Berichte über Pushbacks gebe, widerspreche jedoch der aktuelle Bericht von Human Rights Watch vom Mai 2023, in welchem empfohlen werde, Überstellungen nach Kroatien gemäß der Dublin III-VO auszusetzen. In der Folge zitiert die Beschwerde aus diesem Bericht wörtlich und führt hierzu aus, dass Human Rights Watch der Darstellung im LIB widerspreche, wonach es keine aktuellen Berichte zu Push-Backs in Kroatien gebe. Weiters zitiert die Beschwerde aus Urteilen des Verwaltungsgerichtes Braunschweig vom 08.05.2023 sowie vom 24.05.2022 und aus einem Beschluss des Verwaltungsgerichtes Stuttgart vom 02.09.2022. Vor dem Hintergrund der angeführten Länderinformationen hätte die Behörde zu dem Schluss kommen müssen, dass dem Beschwerdeführer bei Überstellung nach Kroatien eine Verletzung seiner Rechte nach Artikel 3, EMRK drohe. Darüber hinaus zitiert die Beschwerde aus einer Entscheidung des schweizerischen Bundesverwaltungsgerichtes vom 12.07.2019, mit welcher eine Überstellungsentscheidung der Vorinstanz nach Kroatien aufgehoben wurde. Es gebe ausreichend Hinweise darauf, dass Kroatien nicht die Grundrechte einhalte und damit die Regelvermutung des Paragraph 5, Absatz 3, AsylG nicht angewendet werden könne.

4. Mit E-Mail vom 12.04.2024 übermittelte das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl dem Bundesverwaltungsgericht die Aussetzung des Verfahrens bzw. die Verlängerung der Überstellungsfrist auf 18 Monate aufgrund Untertauchens des Beschwerdeführers an die kroatische Dublinbehörde vom selben Tag (vgl. OZ 4). 4. Mit E-Mail vom 12.04.2024 übermittelte das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl dem Bundesverwaltungsgericht die Aussetzung des Verfahrens bzw. die Verlängerung der Überstellungsfrist auf 18 Monate aufgrund Untertauchens des Beschwerdeführers an die kroatische Dublinbehörde vom selben Tag (vgl. OZ 4).

II. Das Bundesverwaltungsgericht hat erwogen römisch II. Das Bundesverwaltungsgericht hat erwogen:

1. Feststellungen:

1.1. Zur Person des Beschwerdeführers:

Der Beschwerdeführer ist ein türkischer Staatsangehöriger kurdischer Volksgruppenzugehörigkeit. Er verließ seinen Herkunftsstaat Ende November 2023 und flog von Istanbul aus nach Bosnien, wo er einige Wochen verbrachte. Von Bosnien aus reiste der Beschwerdeführer über Kroatien illegal in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten ein, wo er am XXXX .01.2024 einen Asylantrag stellte. Nach Zurückziehung seines Antrags während des Verfahrens zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaates begab sich der Beschwerdeführer nach einem Aufenthalt von lediglich ein paar Stunden in Kroatien über Italien unrechtmäßig in das österreichische Bundesgebiet und stellte am 14.01.2024 den gegenständlichen Antrag auf internationalen Schutz. Der Beschwerdeführer ist ein türkischer Staatsangehöriger kurdischer Volksgruppenzugehörigkeit. Er verließ seinen Herkunftsstaat Ende November 2023 und flog von Istanbul aus nach Bosnien, wo er einige Wochen verbrachte. Von Bosnien aus reiste der Beschwerdeführer über Kroatien illegal in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten ein, wo er am römisch 40.01.2024 einen Asylantrag stellte. Nach Zurückziehung seines Antrags während des Verfahrens zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaates begab sich der Beschwerdeführer nach einem Aufenthalt von lediglich ein paar Stunden in Kroatien über Italien unrechtmäßig in das österreichische Bundesgebiet und stellte am 14.01.2024 den gegenständlichen Antrag auf internationalen Schutz.

Das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl richtete am 08.02.2024 ein Wiederaufnahmegesuch an Kroatien, welches von der kroatischen Dublinbehörde am 22.02.2024 beantwortet und die ausdrückliche Zustimmung zur Übernahme des Beschwerdeführers gemäß Art. 20 Abs. 5 Dublin III-VO erteilt wurde. Ein Sachverhalt, der die Zuständigkeit Kroatiens wieder beendet hätte, liegt nicht vor. Weiters hat sich die Überstellungsfrist im gegenständlichen Fall auf 18 Monate verlängert, da der Beschwerdeführer untergetaucht ist. Dieser Umstand wurde der kroatischen Dublinbehörde vom Bundesamt mit Schreiben vom 12.04.2024 mitgeteilt. Das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl richtete am 08.02.2024 ein Wiederaufnahmegesuch an Kroatien, welches von der kroatischen Dublinbehörde am 22.02.2024 beantwortet und die ausdrückliche Zustimmung zur Übernahme des Beschwerdeführers gemäß Artikel 20, Absatz 5, Dublin III-VO erteilt wurde. Ein Sachverhalt, der die Zuständigkeit Kroatiens wieder beendet hätte, liegt nicht vor. Weiters hat sich die Überstellungsfrist im gegenständlichen Fall auf 18 Monate verlängert, da der Beschwerdeführer untergetaucht ist. Dieser Umstand wurde der kroatischen Dublinbehörde vom Bundesamt mit Schreiben vom 12.04.2024 mitgeteilt.

Konkrete, in der Person des Beschwerdeführers gelegene Gründe, die für die reale Gefahr des fehlenden Schutzes vor Verfolgung in Kroatien sprechen, liegen nicht vor. Es wird nicht festgestellt, dass der Beschwerdeführer im Fall einer Überstellung nach Kroatien Gefahr lief, einer unmenschlichen Behandlung oder Strafe bzw. einer sonstigen konkreten individuellen Gefahr unterworfen zu werden.

Festgestellt wird, dass der Beschwerdeführer weder an einer körperlichen noch an einer psychischen Krankheit leidet, die einer Überstellung nach Kroatien aus gesundheitlichen Gründen entgegensteht. Ferner benötigt er auch keine Medikamente.

Seinen eigenen Angaben zufolge leben in Österreich ein Onkel und eine Tante des Beschwerdeführers. Zu diesen Angehörigen besteht weder ein finanzielles Abhängigkeitsverhältnis noch eine besonders enge Beziehung. Daher wird festgestellt, dass keine besonders ausgeprägten privaten, familiäre oder berufliche Bindungen des Beschwerdeführers im österreichischen Bundesgebiet vorliegen. Festgestellt wird, dass der Beschwerdeführer seit 10.04.2024 über keine aufrechte Meldung im österreichischen Bundesgebiet mehr verfügt.

1.2. Zum kroatischen Asylverfahren einschließlich der Situation von Dublin-Rückkehrern in Kroatien:

Zum kroatischen Asylverfahren sowie zur Situation von Dublin-Rückkehrern in Kroatien wurden im angefochtenen Bescheid (vgl. AS 85 bis AS 92) umfangreiche und hinreichend aktuelle Feststellungen getroffen, welche von der erkennenden Einzelrichterin des Bundesverwaltungsgerichtes geteilt und auch für gegenständliches Erkenntnis herangezogen werden. Zum kroatischen Asylverfahren sowie zur Situation von Dublin-Rückkehrern in Kroatien wurden im angefochtenen Bescheid (vergleiche AS 85 bis AS 92) umfangreiche und hinreichend aktuelle Feststellungen getroffen, welche von der erkennenden Einzelrichterin des Bundesverwaltungsgerichtes geteilt und auch für gegenständliches Erkenntnis herangezogen werden.

Ungeachtet dessen wird explizit festgestellt:

a). Allgemeines zum Asylverfahren:

Es existiert ein rechtsstaatliches Asylverfahren mit gerichtlicher Beschwerdemöglichkeit (AIDA 2 22.4.2022; USDOS 12.4.2022).

Im Jahr 2021 bestand die größte Herausforderung neben der anhaltenden Ausbreitung von COVID-19 weiterhin in einem strengen Grenzregime, das den Zugang zum Hoheitsgebiet und zum Verfahren für internationalen Schutz in Kroatien einschränkt und ernsthafte Bedenken hinsichtlich des Schutzes der Menschenrechte von Personen, die internationalen Schutz beantragen, aufkommen lässt (HPC 22.4.2022).

Im Jahr 2022 wurden laut Eurostat 12.750 Erstanträge gestellt (von insgesamt 12.870 Anträgen im Vergleich zu 2.930 Anträgen im Jahr 2021) (Eurostat 23.3.2023; vgl. Mol 1.2.2023). Die Zahl der mutmaßlich unbegleiteten Minderjährigen belief sich auf 128 Personen (Eurostat 9.3.2023). Russen stellen inzwischen die mit Abstand antragsstärkste Nationalität dar (VB 6.2.2023). Im Jahr 2022 wurden laut Eurostat 12.750 Erstanträge gestellt (von insgesamt 12.870 Anträgen im Vergleich zu 2.930 Anträgen im Jahr 2021) (Eurostat 23.3.2023; vergleiche Mol 1.2.2023). Die Zahl der mutmaßlich unbegleiteten Minderjährigen belief sich auf 128 Personen (Eurostat 9.3.2023). Russen stellen inzwischen die mit Abstand antragsstärkste Nationalität dar (VB 6.2.2023).

b). Dublin Rückkehrer:

Personen, die im Rahmen der Dublin-VO nach Kroatien zurückkehren (dies waren im Jahr 2021 insgesamt 54 Personen), haben prinzipiell vollen Zugang zum kroatischen Asylsystem. Allerdings müssen Personen, die Kroatien vor Abschluss des Verfahrens verlassen haben und deren Verfahren daher ausgesetzt wurde, nach ihrer Rückkehr nach Kroatien erneut ein Asylverfahren beantragen (wenn sie dies wünschen), und somit das ursprüngliche Verfahren wieder aufnehmen, wie es in Artikel 18 Absatz 2 der Dublin-III-Verordnung vorgesehen ist (AIDA 22.4.2022).

Andererseits gelten Personen, deren Antrag ausdrücklich zurückgezogen oder abgelehnt wurde, bevor sie Kroatien verlassen haben, als Folgeantragsteller, was im Widerspruch zur Dublin-Verordnung steht. Dublin Rückkehrer haben keine Schwierigkeiten beim Zugang zum Aufnahmesystem und zu den materiellen Aufnahmebedingungen (AIDA 22.4.2022).

Das kroatische Rote Kreuz (CRC) bietet Dublin-Rückkehrern, die in Aufnahmezentren für Antragsteller untergebracht sind, Unterstützung bei der Integration in die kroatische Gesellschaft an (IOM 30.3.2023).

c). Non-Refoulement:

Seit 2016 gibt es eine Liste von zehn sicheren Herkunftsstaaten. Diese sind Albanien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Kosovo, Montenegro, Serbien, Marokko, Algerien, Tunesien und die Türkei. Auf die Türkei wird das Konzept des sicheren Herkunftsstaates in der Praxis allerdings nicht angewandt. Im Jahr 2018 wurde das Konzept in insgesamt 76 Fällen umgesetzt, die sich wie folgt verteilen: bei Algeriern (39), Marokkanern (13), Tunesiern (13), Kosovaren (5), Serben (4) und Bosniern (2). Entsprechende Zahlen für den Zeitraum ab 2019 liegen nicht vor. Laut Gesetz kann ein Land dann als sicherer Drittstaat eingestuft werden, wenn ein Antragsteller dort sicher ist vor Verfolgung oder dem Risiko, ernststen Schaden zu erleiden, wenn das Non-Refoulement-Prinzip beachtet und effektiver Zugang zum Asylverfahren gewährt wird. Ob die Voraussetzungen für die Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats erfüllt sind, wird für jeden Antrag gesondert festgestellt. Hierzu wird geprüft, ob ein Land die oben genannten Bedingungen erfüllt und ob eine Verbindung zwischen diesem Land und dem Antragsteller besteht, aufgrund derer vernünftigerweise erwartet werden kann, dass er dort internationalen Schutz beantragen könnte, wobei alle Fakten und Umstände seines Antrags zu berücksichtigen sind (AIDA 22.4.2022).

Wie in den Jahren zuvor wurde die Grenzpolizei auch noch 2021 in Berichten nationaler und internationaler NGOs gewaltsamer Pushbacks und der Misshandlung irregulärer Migranten beschuldigt (USDOS 12.4.2022; vgl. SFH 13.9.2022). Nach Angaben des Dänischen Flüchtlingsrats (DRC) wurden 2021 gemäß HPC 9.114 (HPC 22.4.2022) und gemäß USDOS 3.629 (USDOS 12.4.2022) Personen aus Kroatien nach Bosnien und Herzegowina (BiH) zurückgeschoben, darunter auch Vulnerable (UMA, Familien mit Kindern, Frauen), wobei es auch zu Kettenabschiebungen gekommen sein soll (HPC 22.4.2022). Ende 2021 hatte das Anti-Folter-Komitee des Europarates die Anwendung von Gewalt durch die kroatischen Behörden bei Pushbacks kritisiert (SFH 13.9.2022). In einem Bericht vom Mai 2022 stellte das Border Violence Monitoring Network fest, dass die kroatische Polizei in das Hoheitsgebiet von Bosnien und Herzegowina eindrang, während sie Menschen über die Grenze zurückdrängte (FH 2023). Wie in den Jahren zuvor wurde die Grenzpolizei auch noch 2021 in Berichten nationaler und internationaler NGOs gewaltsamer

Pushbacks und der Misshandlung irregulärer Migranten beschuldigt (USDOS 12.4.2022; vergleiche SFH 13.9.2022). Nach Angaben des Dänischen Flüchtlingsrats (DRC) wurden 2021 gemäß HPC 9.114 (HPC 22.4.2022) und gemäß USDOS 3.629 (USDOS 12.4.2022) Personen aus Kroatien nach Bosnien und Herzegowina (BiH) zurückgeschoben, darunter auch Vulnerable (UMA, Familien mit Kindern, Frauen), wobei es auch zu Kettenabschiebungen gekommen sein soll (HPC 22.4.2022). Ende 2021 hatte das Anti-Folter-Komitee des Europarates die Anwendung von Gewalt durch die kroatischen Behörden bei Pushbacks kritisiert (SFH 13.9.2022). In einem Bericht vom Mai 2022 stellte das Border Violence Monitoring Network fest, dass die kroatische Polizei in das Hoheitsgebiet von Bosnien und Herzegowina eindrang, während sie Menschen über die Grenze zurückdrängte (FH 2023).

Am 8.6.2021 schloss das Innenministerium eine Vereinbarung zur Einrichtung eines unabhängigen Mechanismus zur Überwachung des Verhaltens von Polizeibeamten des Innenministeriums im Bereich der illegalen Migration und des internationalen Schutzes. Der Mechanismus soll die Behandlung von irregulären Migranten und Personen, die internationalen Schutz suchen, durch angekündigte und unangekündigte Beobachtungen auf Polizeistationen, in Ausländerunterkünften und durch angekündigte Besuche an „anderen geeigneten Orten“ wie der grünen Grenze zwischen Kroatien und Bosnien und Herzegowina überwachen. Einige NGOs kritisierten den Mechanismus wegen mangelnder öffentlicher Informationen über die Einzelheiten des Abkommens und unzureichender Überwachung an der grünen Grenze, wo ihrer Meinung nach die meisten Menschenrechtsverletzungen stattfanden (USDOS 12.4.2022).

Seit geraumer Zeit gibt es nun keine (VB 6.2.2023) bzw. weniger Berichte und Beschwerden über Pushbacks (FH 2023). Insbesondere seit der Zeit vor dem Beitritt Kroatiens zum Schengen-Raum am 1. Jänner 2023 hat es kaum mehr Berichte über Pushbacks gegeben (DF 1.2.2023).

Anfang April 2023 sind Kopien angeblicher polizei-interner WhatsApp-Chatverläufe aufgetaucht, welche nahelegen sollen, dass die Pushbacks systematisch und mit dem Wissen höherer kroatischer Stellen erfolgt sein könnten. Das kroatische Innenministerium bestätigt die berichteten Inhalte nicht und nennt Pushbacks weiterhin Einzelfälle (ORF 6.4.2023).

d). Versorgung:

Asylwerber in Kroatien haben das Recht auf materielle Versorgung während des Asylverfahrens. Dieses Recht gilt ab dem Zeitpunkt, wo sie den Willen zur Asylantragstellung erkennen lassen und umfasst Unterbringung in einem Aufnahmezentrum, Verpflegung, Kleidung und finanzielle Unterstützung sowie Refundierung der Fahrtkosten in öffentlichen Verkehrsmitteln (AIDA 22.4.2022). Das Innenministerium (MOI) betreibt die Aufnahmezentren für Asylwerber in Zagreb und Kutina und ist für die Erbringung von Leistungen durch NGOs verantwortlich. Derzeit hat das Innenministerium Verträge mit dem Kroatischen Roten Kreuz und Médecins du Monde (UNHCR o.D.).

Der Jesuitische Flüchtlingsdienst (JRS Croatia) betreibt mit Unterstützung von UNICEF einen Bereich im Aufnahmezentrum für Asylsuchende in Zagreb, der Minderjährigen einen sicheren Ort zum Verweilen bietet (JRS o.D.).

Die monatliche finanzielle Unterstützung wird ab der Unterbringung in einem Aufnahmezentrum gewährt und beläuft sich per 31.12.2021 auf 100 Kuna (EUR 13,30) pro Person. Auch wenn sich der Betrag bei abhängigen Familienmitgliedern erhöht, gilt er als sehr gering bemessen. Asylwerber, deren Verfahren nach neun Monaten noch nicht entschieden ist, haben das Recht zu arbeiten und können auf freiwilliger Basis etwa auch innerhalb der Aufnahmezentren mitarbeiten. Auch können sie bei gemeinnützigen Tätigkeiten oder bei der Arbeit humanitärer Organisationen mitwirken. Die NGO Are You Syrious (AYS) berichtete, dass sie im Jahr 2021 Asylwerber über das Recht auf Arbeit informiert und bei der Arbeitssuche unterstützt hat (z.B. beim Verfassen von Lebensläufen und bei der Kontaktaufnahme mit Arbeitgebern). Als ein Manko der derzeitigen gesetzlichen Lösung wurde die neunmonatige Frist für die Umsetzung des Rechts auf Arbeit genannt, die eine frühzeitige Integration in den Arbeitsmarkt verhindert (AIDA 22.4.2022).

Begünstigte des IOM-Projekts „Voluntary Relocation from Italy to other EU Member and Associated States - RELITA“, in dessen Rahmen Migranten aus Italien nach Kroatien umgesiedelt werden (bis März 2023 10 Personen), erhalten Unterstützung von IOM Kroatien. Diese Unterstützung umfasst u. a. Reiseunterstützung inkl. Flugticketbuchung. IOM Kroatien schließlich sorgt für den Empfang der Begünstigten des RELITA-Projekts am Flughafen (IOM 30.3.2023).

e). Unterbringung:

Gemäß Asylgesetz haben Asylwerber während des Asylverfahrens das Recht auf Unterbringung in entsprechenden

Aufnahmezentren. Auf Antrag können sie auf eigene Kosten außerhalb eines Zentrums wohnen. Kroatien verfügt über zwei offene Aufnahmezentren für Asylwerber, in Zagreb im „Hotel Porin“ (Kapazität: 500-600 Plätze) (AIDA 22.4.2022; vgl. VB 6.2.2023) und in Kutina, mit einer Kapazität von 100 (AIDA 22.4.2022) bis 200 Plätzen (VB 6.2.2023). Beide Zentren werden vom kroatischen Innenministerium geführt. Das Zentrum in Kutina ist für die Unterbringung vulnerabler Antragsteller gedacht, derzeit findet dort aber Renovierungsarbeiten statt (VB 6.2.2023; vgl. AIDA 22.4.2022). Gemäß Asylgesetz haben Asylwerber während des Asylverfahrens das Recht auf Unterbringung in entsprechenden Aufnahmezentren. Auf Antrag können sie auf eigene Kosten außerhalb eines Zentrums wohnen. Kroatien verfügt über zwei offene Aufnahmezentren für Asylwerber, in Zagreb im „Hotel Porin“ (Kapazität: 500-600 Plätze) (AIDA 22.4.2022; vergleiche VB 6.2.2023) und in Kutina, mit einer Kapazität von 100 (AIDA 22.4.2022) bis 200 Plätzen (VB 6.2.2023). Beide Zentren werden vom kroatischen Innenministerium geführt. Das Zentrum in Kutina ist für die Unterbringung vulnerabler Antragsteller gedacht, derzeit findet dort aber Renovierungsarbeiten statt (VB 6.2.2023; vergleiche AIDA 22.4.2022).

Der Plan, in Mala Gorica ein neues Aufnahmezentrum zu bauen, wurde nach Protesten der lokalen Bevölkerung wieder verworfen und das veranschlagte Geld in die Renovierung der bestehenden Zentren investiert (AIDA 22.4.2022).

In Slavonski Brod/Bjeliš besteht ein angemietetes Objekt für eventuelle zukünftige Migrationswellen (VB 6.2.2023).

In den Zentren erhalten die Bewohner drei Mahlzeiten pro Tag und schwangere Frauen, Wöchnerinnen und Minderjährige bis 16 Jahre erhalten zusätzlich eine Nachmittagsjause. In vom Roten Kreuz ausgestatteten Küchen können sich die Asylwerber außerdem selbst Mahlzeiten zubereiten (AIDA 22.4.2022).

Für Familien mit Kindern stellt UNICEF die medizinische Versorgung von Müttern und Kindern sowie Unterstützung für schwangere und stillende Mütter bereit. Weiters organisiert UNICEF abgeschlossene Bereiche, in denen die Kinder spielen und informell lernen können (UNICEF o.D.).

Antragsteller können bis zum Ende ihres Verfahrens in den Unterbringungszentren bleiben. Wenn eine rechtskräftig negative Entscheidung vorliegt und die postulierte Frist zur freiwilligen Ausreise verstrichen ist, endet das Recht, sich dort aufzuhalten (AIDA 22.4.2022).

Kroatien verfügt zurzeit über drei Schubhaftzentren mit einer Gesamtkapazität von insgesamt 219 Plätzen: das geschlossene (Schubhaft-) Zentrum (Center for Foreigners) in Jezevo mit 95 Plätzen und die Transitzentren in Trilj und in Torvarnik mit jeweils 62 Plätzen (AIDA 22.4.2022, vgl. VB 6.2.2023). Kroatien verfügt zurzeit über drei Schubhaftzentren mit einer Gesamtkapazität von insgesamt 219 Plätzen: das geschlossene (Schubhaft-) Zentrum (Center for Foreigners) in Jezevo mit 95 Plätzen und die Transitzentren in Trilj und in Torvarnik mit jeweils 62 Plätzen (AIDA 22.4.2022, vergleiche VB 6.2.2023).

Das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl hat in seiner Entscheidung neben Ausführungen zur Versorgungslage von Asylwerbern in Kroatien auch Feststellungen zur dortigen Rechtslage und Vollzugspraxis von asyl- und fremdenrechtlichen Bestimmungen – darunter konkret auch in Bezug auf Rückkehrer nach der Dublin III-VO – samt dem jeweiligen Rechtsschutz im Rechtsmittelweg getroffen.

Festgestellt wird sohin, dass sich aus diesen Länderinformationen keine ausreichend begründeten Hinweise darauf ergeben, dass das kroatische Asylwesen grobe systemische Mängel aufweist. Daher ist aus Sicht der zuständigen Einzelrichterin, insbesondere in Bezug auf die Durchführung des Asylverfahrens, die medizinische Versorgung sowie die generelle Versorgungs- und Unterbringungslage und die Sicherheitslage von Asylwerbern in Kroatien den Feststellungen des Bundesamtes im angefochtenen Bescheid zu folgen.

2. Beweiswürdigung:

2.1. Die Feststellungen zur Person des Beschwerdeführers, zu seiner Staatsangehörigkeit sowie Volksgruppenzugehörigkeit, zu seiner Ausreise aus der Türkei bzw. zum Flug nach Bosnien einschließlich des dortigen Aufenthalts von einigen Wochen, zur illegalen Einreise in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten von Bosnien aus über Kroatien sowie zu seiner unrechtmäßigen Einreise nach Österreich über Italien und zur Stellung des gegenständlichen Antrags auf internationalen Schutz ergeben sich aus dem Vorbringen des Beschwerdeführers in seiner Erstbefragung sowie aus dem Akteninhalt. Ebenso auf dem Vorbringen des Beschwerdeführers in seiner Erstbefragung gründet die Feststellung zur Aufenthaltsdauer in Kroatien von ein paar Stunden, das vor dem Hintergrund seiner weiteren Angaben nachvollziehbar und konsistent ist. Der Beschwerdeführer gab in seiner Erstbefragung nämlich weiters an,

dass er nach seinem Aufenthalt von ein paar Stunden in Kroatien nach Italien gereist sei, von wo aus er sich am XXXX .01.2024 nach Österreich begeben habe. Bei Zugrundelegung des Datums der Antragstellung in Kroatien am XXXX .01.2024, dem Reiseweg von Kroatien nach Italien und dem Umstand, dass sich der Beschwerdeführer bereits am XXXX .01.2024 von Italien nach Österreich begeben hat, ist ein Aufenthalt in Kroatien von nur ein paar Stunden in zeitlicher Hinsicht durchaus nachvollziehbar. Hinzu kommt, dass der Beschwerdeführer in seiner Erstbefragung die Angabe, er habe sich nur ein paar Stunden in Kroatien aufgehalten, wiederholte als er vorbrachte, dass er nicht einmal 24 Stunden in Kroatien gewesen sei (vgl. zu alldem AS 27). Demgegenüber ist das Vorbringen in der Einvernahme vor dem Bundesamt, der Beschwerdeführer sei zwei Tage in Kroatien geblieben, nicht glaubhaft. 2.1. Die Feststellungen zur Person des Beschwerdeführers, zu seiner Staatsangehörigkeit sowie Volksgruppenzugehörigkeit, zu seiner Ausreise aus der Türkei bzw. zum Flug nach Bosnien einschließlich des dortigen Aufenthalts von einigen Wochen, zur illegalen Einreise in das Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten von Bosnien aus über Kroatien sowie zu seiner unrechtmäßigen Einreise nach Österreich über Italien und zur Stellung des gegenständlichen Antrags auf internationalen Schutz ergeben sich aus dem Vorbringen des Beschwerdeführers in seiner Erstbefragung sowie aus dem Akteninhalt. Ebenso auf dem Vorbringen des Beschwerdeführers in seiner Erstbefragung gründet die Feststellung zur Aufenthaltsdauer in Kroatien von ein paar Stunden, das vor dem Hintergrund seiner weiteren Angaben nachvollziehbar und konsistent ist. Der Beschwerdeführer gab in seiner Erstbefragung nämlich weiters an, dass er nach seinem Aufenthalt von ein paar Stunden in Kroatien nach Italien gereist sei, von wo aus er sich am römisch 40 .01.2024 nach Österreich begeben habe. Bei Zugrundelegung des Datums der Antragstellung in Kroatien am römisch 40 .01.2024, dem Reiseweg von Kroatien nach Italien und dem Umstand, dass sich der Beschwerdeführer bereits am römisch 40 .01.2024 von Italien nach Österreich begeben hat, ist ein Aufenthalt in Kroatien von nur ein paar Stunden in zeitlicher Hinsicht durchaus nachvollziehbar. Hinzu kommt, dass der Beschwerdeführer in seiner Erstbefragung die Angabe, er habe sich nur ein paar Stunden in Kroatien aufgehalten, wiederholte als er vorbrachte, dass er nicht einmal 24 Stunden in Kroatien gewesen sei (vergleiche zu alldem AS 27). Demgegenüber ist das Vorbringen in der Einvernahme vor dem Bundesamt, der Beschwerdeführer sei zwei Tage in Kroatien geblieben, nicht glaubhaft.

Darüber hinaus gründet die Feststellung zur Antragstellung des Beschwerdeführers in Kroatien am XXXX .01.2024 auf dem diesbezüglichen unbedenklichen Eurodac-Treffer. Demgegenüber ist auch die Angabe des Beschwerdeführers, er habe in Kroatien keinen Asylantrag gestellt, nicht glaubhaft, zumal dem die Zustimmungserklärung der kroatischen Dublinbehörde ebenso entgegensteht. Die weitere Feststellung, dass sich der Beschwerdeführer nach Zurückziehung seines Antrags während des Verfahrens zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaates unrechtmäßig nach Österreich begeben hat, gründet auf dem Umstand, dass Kroatien der Wiederaufnahme des Beschwerdeführers auf der Basis von Art. 20 Abs. 5 Dublin III-VO mit Schreiben vom 22.02.2024 ausdrücklich zugestimmt hat. Darüber hinaus gründet die Feststellung zur Antragstellung des Beschwerdeführers in Kroatien am römisch 40 .01.2024 auf dem diesbezüglichen unbedenklichen Eurodac-Treffer. Demgegenüber ist auch die Angabe des Beschwerdeführers, er habe in Kroatien keinen Asylantrag gestellt, nicht glaubhaft, zumal dem die Zustimmungserklärung der kroatischen Dublinbehörde ebenso entgegensteht. Die weitere Feststellung, dass sich der Beschwerdeführer nach Zurückziehung seines Antrags während des Verfahrens zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaates unrechtmäßig nach Österreich begeben hat, gründet auf dem Umstand, dass Kroatien der Wiederaufnahme des Beschwerdeführers auf der Basis von Artikel 20, Absatz 5, Dublin III-VO mit Schreiben vom 22.02.2024 ausdrücklich zugestimmt hat.

Die Feststellungen zum Wiederaufnahmegesuch der österreichischen Dublinbehörde und zur ausdrücklichen Zustimmung zur Übernahme des Beschwerdeführers durch Kroatien sowie zur Bekanntgabe der Verlängerung der Überstellungsfrist ergeben sich darüber hinaus aus den jeweiligen Schreiben bzw. aus der diesbezüglichen Korrespondenz der Dublinbehörden im Rahmen des Konsultationsverfahrens. Darauf, dass die Zuständigkeit Kroatiens beendet worden wäre, finden sich im gesamten Verfahren keine Hinweise, wobei ein derartiges Vorbringen auch nicht erstattet wurde.

Eine den Beschwerdeführer konkret treffende Bedrohungssituation in Kroatien wurde nicht ausreichend substantiiert vorgebracht, da die diesbezüglichen Angaben des Beschwerdeführers ausgesprochen vage waren und – vor allem betreffend das Beschwerdevorbringen – unglaubliche Steigerungen aufwiesen. Auch in Zusammenhang mit seinem Aufenthalt in Kroatien folgt das Bundesverwaltungsgericht den Angaben des Beschwerdeführers in seiner Erstbefragung, in welcher er ausführte, dass man ihn aufgegriffen, dann ein paar Fragen gestellt und die Fingerabdrücke abgenommen habe. Der Beschwerdeführer wolle wegen der Menschenrechte in Österreich bleiben.

Zwar erwähnte der Beschwerdeführer auch in seiner Einvernahme vor dem Bundesamt, dass er nicht glaube, dass die Menschenrechte in Kroatien so befolgt würden wie in Österreich, ließ jedoch jede weitere Begründung dieser Ansicht vermissen. Ausgesprochen vage ist ferner die Aussage, da der Beschwerdeführer illegal in Kroatien eingereist sei, könne er nicht erklären wie er dort behandelt worden sei. Er habe keine Beweise. Allerdings räumte der Beschwerdeführer auf Nachfrage ein, dass es in Kroatien keine konkret ihn betreffende Vorfälle gegeben habe (vgl. AS 75). Ähnlich verhält es sich mit der Angabe, er sei nicht gut behandelt worden. Diesbezüglich gab er auf Nachfrage, was er damit meine, an, dass er in einem Wald aufgegriffen worden sei und sich habe ausziehen müssen. Danach habe er in einem „depotartigen Raum“ stundenlang warten müssen. Abgesehen davon, dass der Beschwerdeführer in seiner Erstbefragung ein derartiges Vorbringen nicht einmal im Ansatz erstattet hat und in der Einvernahme vor dem Bundesamt angab, dass er in der Erstbefragung die Wahrheit gesagt und nichts zu ergänzen habe (vgl. AS 74), stellt es auch keinen Verstoß gegen Art. 3 EMRK dar. Leibesvisitationen und (unter Umständen auch stundenlanges) Warten im Zuge vom Asylantragstellungen sind auch in anderen europäischen Ländern – je nach den vorliegenden Gegebenheiten bzw. den vorhandenen Kapazitäten – nicht ungewöhnlich und fallweise auch gar nicht zu vermeiden (vgl. zu alldem ebenso die Ausführungen unter Punkt II.3.2.4.2. des gegenständlichen Erkenntnisses). Nicht nachvollziehbar, widersprüchlich und zudem gesteigert ist das Beschwerdevorbringen, in welchem behauptet wird, der Beschwerdeführer habe bei der Einvernahme vor der Behörde ausgeführt, dass er bereits sechsmal nach Bosnien gewaltsam zurückgeschickt worden sei. Ein derartiges Vorbringen wurde vom Beschwerdeführer nicht erstattet und hat der Beschwerdeführer auch nicht erwähnt, dass er befürchtet von Kroatien nach Bosnien geschickt werden zu können. Daher geht auch das weitere Beschwerdevorbringen, sohin würden sich die persönlichen Erfahrungen des Beschwerdeführers mit den Länderinformationen decken, ins Leere. Ein Verfahrensmangel ist hieraus nicht zu erblicken. Eine den Beschwerdeführer konkret treffende Bedrohungssituation in Kroatien wurde nicht ausreichend substantiiert vorgebracht, da die diesbezüglichen Angaben des Beschwerdeführers ausgesprochen vage waren und – vor allem betreffend das Beschwerdevorbringen – unglaubliche Steigerungen aufwiesen. Auch in Zusammenhang mit seinem Aufenthalt in Kroatien folgt das Bundesverwaltungsgericht den Angaben des Beschwerdeführers in seiner Erstbefragung, in welcher er ausführte, dass man ihn aufgegriffen, dann ein paar Fragen gestellt und die Fingerabdrücke abgenommen habe. Der Beschwerdeführer wolle wegen der Menschenrechte in Österreich bleiben. Zwar erwähnte der Beschwerdeführer auch in seiner Einvernahme vor dem Bundesamt, dass er nicht glaube, dass die Menschenrechte in Kroatien so befolgt würden wie in Österreich, ließ jedoch jede weitere Begründung dieser Ansicht vermissen. Ausgesprochen vage ist ferner die Aussage, da der Beschwerdeführer illegal in Kroatien eingereist sei, könne er nicht erklären wie er dort behandelt worden sei. Er habe keine Beweise. Allerdings räumte der Beschwerdeführer auf Nachfrage ein, dass es in Kroatien keine konkret ihn betreffende Vorfälle gegeben habe (vergleiche AS 75). Ähnlich verhält es sich mit der Angabe, er sei nicht gut behandelt worden. Diesbezüglich gab er auf Nachfrage, was er damit meine, an, dass er in einem Wald aufgegriffen worden sei und sich habe ausziehen müssen. Danach habe er in einem „depotartigen Raum“ stundenlang warten müssen. Abgesehen davon, dass der Beschwerdeführer in seiner Erstbefragung ein derartiges Vorbringen nicht einmal im Ansatz erstattet hat und in der Einvernahme vor dem Bundesamt angab, dass er in der Erstbefragung die Wahrheit gesagt und nichts zu ergänzen habe (vergleiche AS 74), stellt es auch keinen Verstoß gegen Artikel 3, EMRK dar. Leibesvisitationen und (unter Umständen auch stundenlanges) Warten im Zuge vom Asylantragstellungen sind auch in anderen europäischen Ländern – je nach den vorliegenden Gegebenheiten bzw. den vorhandenen Kapazitäten – nicht ungewöhnlich und fallweise auch gar nicht zu vermeiden (vergleiche zu alldem ebenso die Ausführungen unter Punkt römisch II.3.2.4.2. des gegenständlichen Erkenntnisses). Nicht nachvollziehbar, widersprüchlich und zudem gesteigert ist das Beschwerdevorbringen, in welchem behauptet wird, der Beschwerdeführer habe bei der Einvernahme vor der Behörde ausgeführt, dass er bereits sechsmal nach Bosnien gewaltsam zurückgeschickt worden sei. Ein derartiges Vorbringen wurde vom Beschwerdeführer nicht erstattet und hat der Beschwerdeführer auch nicht erwähnt, dass er befürchtet von Kroatien nach Bosnien geschickt werden zu können. Daher geht auch das weitere Beschwerdevorbringen, sohin würden sich die persönlichen Erfahrungen des Beschwerdeführers mit den Länderinformationen decken, ins Leere. Ein Verfahrensmangel ist hieraus nicht zu erblicken.

Die Feststellung zum Nichtvorliegen schwerwiegender gesundheitlicher Beeinträchtigungen (einschließlich der Nichteinnahme von Medikamenten), die einer Überstellung des Beschwerdeführers nach Kroatien entgegenstehen, ergibt sich aus den eigenen Angaben des Beschwerdeführers im Verfahren. Gegenteiliges ist auch dem sonstigen Akteninhalt nicht zu entnehmen. Sowohl in der Erstbefragung als auch in der Einvernahme vor dem Bundesamt gab er

an, an keinen Krankheiten zu leiden, keine Medikamente zu benötigen und aktuell gesund zu sein (vgl. AS 25 bzw. AS 74). Die Feststellung zum Nichtvorliegen schwerwiegender gesundheitlicher Beeinträchtigungen (einschließlich der Nichteinnahme von Medikamenten), die einer Überstellung des Beschwerdeführers nach Kroatien entgegenstehen, ergibt sich aus den eigenen Angaben des Beschwerdeführers im Verfahren. Gegenteiliges ist auch dem sonstigen Akteninhalt nicht zu entnehmen. Sowohl in der Erstbefragung als auch in der Einvernahme vor dem Bundesamt gab er an, an keinen Krankheiten zu leiden, keine Medikamente zu benötigen und aktuell gesund zu sein (vergleiche AS 25 bzw. AS 74).

Auf den eigenen Angaben des Beschwerdeführers in seiner Erstbefragung beruhen die Feststellungen zu seinen in Österreich lebenden Angehörigen (Tante und Onkel). Er brachte vor, dass er nach Österreich gewollt habe, weil sein Onkel und seine Tante hier leben würden. Da der Beschwerdeführer jedoch in seiner Einvernahme vor dem Bundesamt aussagte, in Österreich keine Verwandten und auch keine sonstigen Personen zu haben, zu denen ein finanzielles Abhängigkeitsverhältnis oder eine besonders enge Beziehung bestehe, waren die diesbezüglichen Feststellungen zu treffen und, da ein darüber hinausgehendes Vorbringen nicht erstattet wurde, war im Gesamtzusammenhang die Feststellung zum Nichtvorliegen besonders ausgeprägter privater, familiärer oder beruflicher Bindungen des Beschwerdeführers in Österreich zu treffen. Letztlich gründet die Feststellung, dass der Beschwerdeführer seit 10.04.2024 über keine aufrechte Meldung mehr im österreichischen Bundesgebiet verfügt, auf einem vom Bundesverwaltungsgericht eingeholten Auszug aus dem Zentralen Melderegister vom 03.10.2024.

2.2. Die Feststellungen zum kroatischen Asylverfahren einschließlich der Situation von Dublin-Rückkehrern in Kroatien beruhen auf den im angefochtenen Bescheid angeführten Quellen. Bei diesen vom Bundesamt herangezogenen Quellen handelt es sich um Berichte verschiedener anerkannter und teilweise vor Ort agierender Institutionen, die in ihren Aussagen ein übereinstimmendes, schlüssiges Gesamtbild zum Asylverfahren in Kroatien ergeben. Nach Ansicht der erkennenden Einzelrichterin handelt es sich bei den Länderfeststellungen im angefochtenen Bescheid um ausreichend ausgewogenes und hinreichend aktuelles Material. Angesichts der Seriosität der angeführten Erkenntnisquellen und der Plausibilität der Aussagen besteht kein Grund, an der Richtigkeit der Darstellung zu zweifeln. Des Weiteren ist darauf zu verweisen, dass die vom Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl herangezogenen Quellen nach wie vor aktuell bzw. mit späteren Quellen inhaltlich deckungsgleich bzw. zum Teil sogar nahezu wortident sind.

Die Gesamtsituation des Asylwesens in Kroatien ergibt sich sohin aus den umfangreichen und durch Quellen belegten Länderfeststellungen im angefochtenen Bescheid, die auf alle entscheidungswesentlichen Fragen eingehen. Individuelle, unmittelbare und vor allem hinreichend konkrete Bedrohungen, welche den Länderberichten klar und substantiell widersprechen, hat der Beschwerdeführer nicht dargelegt. Zu den vorab ausgefolgten Länderinformationen zu Kroatien gab er lediglich an, dass er nicht glaube, dass die Menschenrechte in Kroatien so befolgt würden wie in Österreich (vgl. AS 75). Auch die Beschwerde tritt diesen Länderberichten nicht substantiiert entgegen, sondern bezieht sich selbst auf diese, wenn ausgeführt wird, dass auch das LIB auf eine Vielzahl von dokumentierten Fällen verweise, die indizieren würden, dass die Push-Backs und die dabei angewendete Polizeigewalt systematisch erfolgten. Eine Kritik der Beschwerde an den Länderfeststellungen im angefochtenen Bescheid kann daher nicht erkannt werden. Die Beschwerde zitiert zwar einen Bericht von Human Rights Watch vom Mai 2023, der den Länderberichten (insbesondere dem Bericht eines Verbindungsbeamten vom 06.02.2023) widersprechen soll, wobei jedoch anzumerken ist, dass dieser Bericht betreffend Überstellungen nach Kroatien lediglich die Meinung dieser Organisation darstellt und ohne bezughabendes Vorbringen nicht geeignet ist, die Länderfeststellungen im angefochtenen Bescheid, die auf einer Zusammenstellung der zur Objektivität verpflichteten Staatendokumentation basieren, in Zweifel zu ziehen. Nur am Rande ist darauf zu verweisen, dass es in dem Bericht von Human Rights Watch (unter anderem) um ein förmliches Verfahren bzw. um ein Rückübernahmeabkommen zwischen Kroatien und Bosnien (und nicht ausschließlich um rechtswidrige bzw. illegale Pushbacks) geht. Zusammengefasst ist sohin auszuführen, dass die aktuellen Länderfeststellungen des Bundesamtes ausgewogen sind, auch auf eventuell auftretende Schwierigkeiten Bezug nehmen und ein durchaus differenziertes Bild der Situation für Asylwerber in Kroatien zeichnen. Ebenso wird auf die Situation von Dublin-Rückkehrern Bezug genommen. Auch lässt sich den Quellenangaben im angefochtenen Bescheid entnehmen, dass sich die Feststellungen nicht ausschließlich auf staatliche Quellen gründen. So wurden auch Berichte von Médecins du Monde, der schweizerischen Flüchtlingshilfe, der International Organization for Migration, des Jesuit Refugee Service, UNHCR und UNICEF bei den Quellenangaben

angeführt, sodass von einer Unausgewogenheit der Quellen wohl unter diesem Aspekt nicht gesprochen werden kann. Die Gesamtsituation des Asylwesens in Kroatien ergibt sich sohin aus den umfangreichen und durch Quellen belegten Länderfeststellungen im angefochtenen Bescheid, die auf alle entscheidungswesentlichen Fragen eingehen. Individuelle, unmittelbare und vor allem hinreichend konkrete Bedrohungen, welche den Länderberichten klar und substantiell widersprechen, hat der Beschwerdeführer nicht dargelegt. Zu den vorab ausgefolgten Länderinformationen zu Kroatien gab er lediglich an, dass er nicht glaube, dass die Menschenrechte in Kroatien so befolgt würden

Quelle: Bundesverwaltungsgericht BVwg, <https://www.bvwg.gv.at>

© 2025 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at